Fachtagung kommunal mobil am 7. und 8. Juni 2018

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Zusammenfassung

Auf dem Weg zur Verkehrswende – mit bürgerschaftlichem Engagement und engagierten Verwaltungen!

Tilman Bracher

Da es in den vergangenen Jahren im Verkehrssektor weder gelungen ist, die Luftqualitätsziele bezüglich Feinstaub und Stickoxiden flächendeckend zu erreichen noch den wachsenden Flächenbedarf des Verkehrs einzudämmen, und auch keine ausreichenden Fortschritte erkennbar sind, um die Klimaziele einzuhalten, ist die Notwendigkeit einer „Verkehrswende“ aktuell wie nie. Debatten über die Zukunft der Mobilität konzentrieren sich oft auf die Dekarbonisierung, das automatisierte Fahren und die Frage, ob Car- und Ridesharing die Fahrten im eigenen Auto ersetzen, aber kaum auf den öffentlichen Raum. Bilder, wie sie im Vorher-nachher-Vergleich beispielsweise in Siegen bei der Umgestaltung von Autoflächen zu urbanen Lebensräumen auf Straßen und Plätzen entstehen, symbolisieren, welchen Zuwachs an Lebensqualität ein neuer Umgang mit dem städtischen Autoverkehr bringt.

„Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten“ war deshalb auch das Thema der sechsten Fachtagung „kommunal mobil“. Die Veranstaltung des Umweltbundesamtes (UBA) und des Deutschen Instituts für Urbanistik fand am 7. und 8. Juni 2018 im UBA in Dessau-Roßlau unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages statt – mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, aus Planungsbüros und der Wissenschaft.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer angesichts der aktuellen Diskussion über den Dieselskandal mit einem per Video übermittelten kurzen Plädoyer für saubere Luft und klimafreundliche Mobilität. Und sie verwies auf den von der Bundesregierung lange gemiedenen Begriff der Verkehrswende: „Da ist es nicht verwunderlich, dass der Begriff ‚Verkehrswende‘ in aller Munde ist.“

Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien im UBA, informierte die Zuhörerinnen und Zuhörer darüber, dass auch das Umweltbundesamt in den vergangenen Monaten eine „Vision der Stadt von Morgen“ entwickelt und publiziert habe. Deren Charakteristikum sei die umweltschonende Mobilität in einem Umfeld mit hoher Lebensqualität – lärmarm, grün, kompakt und durchmischt.

Hilmar von Lojewski, Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetages, kündigte in seinem einführenden Vortrag an, dass sich die deutschen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister nach langen Debatten im Deutschen Städtetag angesichts der Notwendigkeit, Lärm- und Schadstoffbelastungen wirksam zu verringern, gemeinsam und parteiübergreifend auf eine Verkehrswende hin zu nachhaltiger Mobilität mit leistungsfähigem ÖPNV, Elektromobilität, Rad- und Fußverkehr in den Städten geeinigt hätten und die Zahl der Autos mit Verbrennungsmotoren dort deutlich reduziert

werden soll. Das Positionspapier des Deutschen Städtetages „Nachhaltige städtische Mobilität für alle. Agenda für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht“ wurde schließlich am 21. Juni 2018 verabschiedet und veröffentlicht.

Torben Heinemann, Abteilungsleiter im Verkehrs- und Tiefbauamt der Stadt Leipzig („Aktive Mobilität fördern in Leipzig“), und Henrik Schumann, Stadtbaurat der Stadt Siegen („Siegen zu neuen Ufern – Vom Parkplatz zum lebenswerten öffentlichen Raum“), konnten in lebendigen Vorträgen zeigen, dass die Umgestaltung der öffentlichen Straßen zum Repertoire der Stadt- und Verkehrsplanung gehört. Diskussionen über die Ziele und Maßnahmen der Verkehrsplanung in Leipzig haben eine langjährige Vorgeschichte. Am Beispiel des ExWoSt-Projekt Leipzig Stötteritz erläuterte Herr Heinemann verschiedene Stationen bzw. Phasen der Bürgerbeteiligung vom top-down- bis bottom-up-Prinzip. Diese werden als Grundlage für eine Planung zur Förderung der aktiven Mobilität in Quartieren gesehen. In Siegen wiederum war es gelungen, die Siegplatte mit ihren 200 innerstädtischen Parkplätzen gemeinsam mit der Bürgerschaft zu „zersägen“ und die innerstädtisch verlaufende Sieg wieder freizulegen sowie den Uferbereich attraktiv zu gestalten.

Weitere Mut machende Beispiele erfolgreicher Straßenumgestaltung finden sich in Publikationen des Umweltbundesamtes und des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR). Tim Schubert, Umweltbundesamt, stellte das Projekt „MONASTA – Modellvorhaben Nachhaltige Stadtmobilität“ und die dazugehörige Veröffentlichung vor. Einen ähnlichen Fokus hat das Projekt des DVR „Gute Straßen in Stadt und Dorf“, das von Isabelle Vogt von der Technischen Hochschule Köln präsentiert wurde. Auf einem offenen Marktplatz hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, diese und weitere Projekte zur Umgestaltung des öffentlichen Raums kennenzulernen.

Im Anschluss zeigten die Beispiele aus Köln und Berlstedt, wozu bürgerschaftliches Engagement fähig ist: Elisabeth Rohata und Ralph Herbertz, Agora Köln, berichteten über den „Tag des guten Lebens“ in Köln, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern organisiert und finanziert wird. Die beiden Mitglieder der Bürgerinitiative „Alltagsradwege für unsere Region“ Helga Radziejewski und Bernd Hegner aus Berlstedt, Thüringen, berichteten, wie Politikerinnen und Politiker sowie weitere Akteure im ländlichen Raum dazu bewegt werden konnten, innerhalb kürzester Zeit die von der Berlstedter Bevölkerung geforderten Radwege zu bauen. Ein weiteres besonderes Beispiel für ausgezeichnetes bürgerschaftliches Engagement ist die „Wuppertalbewegung e.V.“, die den in kürzester Zeit beliebt gewordenen Radweg auf der Wuppertaler Nordbahntrasse – zunächst gegen den Willen der Stadt – in wesentlichen Teilen mitgebaut hat und ihn auch noch jetzt teilweise unterhält.

Zentrales Thema bei den mit den Teilnehmenden gemeinsam diskutierten Beispielen war der Umgang mit den im öffentlichen Raum vorhandenen Parkplätzen. Selbst dort, wo es in Parkhäusern oder der Nachbarschaft freie Parkplätze gibt, ist der Widerstand gegen Umgestaltungsmaßnahmen zunächst meist groß. Empfohlen wird daher eine testweise und revidierbare Einführung. Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern, die die Umgestaltung ihrer Gemeinde voranbringen und nachhaltige Mobilität erlebbar machen wollen, stehen mittlerweile neben einer Reihe anregender Publikationen auch praktische Hilfen zur Verfügung.

Einen optimalen Rahmen für bürgerschaftliches und kommunales Engagement bietet die Europäische Mobilitätswoche (EMW). Claudia Kiso, Umweltbundesamt, und Norbert Krause, krauses Projektdesign, stellten „Neun Kniffe für knackige Ideen, die zum Umdenken anregen“ vor und luden die Teilnehmenden zum „Speed Dating“ ein um mit Hilfe der EMW-Toolbox selbst neue Ideen zu entwickeln. Die Europäische Mobilitätswoche ist eine seit 2002 stattfindende jährliche Initiative der Europäischen Kommission für nachhaltige Mobilität in Städten. Dabei werden europäische Städte und Gemeinden aufgerufen, sich eine Woche dem Thema nachhaltige Mobilität zu widmen, um für Veränderungen zu werben. Sie beginnt jedes Jahr am 16. September und endet mit dem „Autofreien Tag“ am 22. September. Die beim UBA

angesiedelte Nationale Koordinierungsstelle der EMW hat sowohl für interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch für Kommunen Unterstützungsmaterialien, eine Toolbox und viele gute Ideen parat.

Welche Möglichkeiten Städte als Partner in EU-Forschungsprojekten haben, zeigte Dr. Bernd Schuster vom Hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium als Mitglied der Expert Group on Urban Mobility der EU auf. Thomas Stein, Deutsches Institut für Urbanistik, stellte ergänzend die von der Bundesregierung im Rahmen der Städtebauförderung und der Klimaschutzinitiative angebotenen Förderinstrumente zur Umgestaltung des öffentlichen Raums vor.

Das Abschlusspanel mit der Kernfrage „Verkehrswende von oben – oder Verkehrswende von unten?!“ wurde von Dr. Katrin Dziekan, Umweltbundesamt, moderiert. Es diskutierten Martin Schmied vom Umweltbundesamt, Jobst Kraus, Evangelischer Kirchentag / BUND, Thomas Kiel, Deutscher Städtetag, und Kerstin Stark, Changing Cities e.V. / Volksentscheid Fahrrad Berlin, untereinander sowie mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung. Das Fazit: Es braucht beides: Druck von unten und Unterstützung von oben. Deutlich wurde insbesondere der an den Bund gerichtete Wunsch nach einer Änderung der Straßenverkehrsordnung, damit der fließende und ruhende Verkehr im Sinne des Gemeingebrauchs der Straßen nicht länger Vorrang hat.

Die Abschlussdebatte konnte zeigen, welches Potenzial im Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement und engagiertem Verwaltungshandeln auch bei begrenzten Ressourcen möglich ist, wenn das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung konsequent gemeinsam verfolgt wird.